

A1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Bremen (dort beschlossen am: 27.10.2022)

Titel: Das Stichwort lautet Solidarität!

Antragstext

1 Das ganze Leben wird teurer. Beim Einkaufen im Supermarkt, bei der
2 Heizkostenabrechnung oder bei der Suche nach einer neuen Wohnung: Überall
3 steigen die Preise. Zudem schreitet die Klimakrise immer weiter voran und es
4 wird viel zu wenig unternommen, um sie zu stoppen. Gleichzeitig tötet die
5 russische Regierung in ihrem Angriffskrieg gegen die Ukraine jeden Tag
6 Zivilist*innen, vertreibt sie und erpresst Staaten, die sich mit ihrer
7 Energiepolitik von Russlands Gaslieferungen abhängig gemacht haben. Dem können
8 und wollen wir nicht länger zuschauen. Es braucht jetzt linke und solidarische
9 Antworten auf all diese Krisen!

10 Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass sich unser Klima durch unser eigenes Handeln
11 aufheizt und unsere Lebensgrundlagen bedroht sind. Genauso lange stehen Lösungen
12 parat, um die Klimakrise einzudämmen. Doch es wird kaum etwas umgesetzt, und
13 wenn, dann geht es meistens schleppend voran. Die Klimaenquete der Bremischen
14 Bürgerschaft hat im letzten Jahr konkrete Handlungs- und Lösungswege für ein
15 klimaneutrales Bremen vorgelegt. **Das muss die Basis der Politik in Bremen sein -**
16 **wir fordern daher die konsequente und schnelle Umsetzung der Ergebnisse aus der**
17 **Klimaenquete.**

18 Wir fordern, dass im Bundesland Bremen erneuerbare Energien zügig ausgebaut
19 werden - in der Strom- wie Wärmeerzeugung. Das minimiert nicht nur den CO₂-
20 Ausstoß deutlich und trägt zum Klimaschutz bei, sondern beendet auch die
21 Abhängigkeiten von Diktatoren und ihren Öl- und Gasvorkommen. Das Land Bremen
22 muss spätestens 2038 klimaneutral sein! Dafür brauchen wir auch eine umfassende
23 Verkehrswende, die **Mobilität als Grundrecht** versteht! Dafür muss der ÖPNV stark
24 ausgebaut und endlich ein umlagefinanzierter Nahverkehr ohne Tickets eingeführt

25 werden.

26 Zusätzlich brauchen wir endlich wirksame Instrumente gegen die immer **weiter**
27 **steigenden Mietpreise**. Die immer weiter ansteigenden Preise, selbst für kleinste
28 WG-Zimmer, sind gerade für junge Menschen ohne festes Einkommen während des
29 Studiums, aber auch für Auszubildende mit geringen Löhnen, kaum zu stemmen.
30 Deshalb muss sich Bremen im Bundesrat für einen bundesweiten Mietpreisdeckel für
31 mehr bezahlbaren Wohnraum stark machen. Zusätzlich fordern wir, dass im Land
32 Bremen Wohnungs- und Energiekonzerne vergesellschaftet werden, um private
33 Profitinteressen der Konzerne nicht über das Grundrecht auf Wohnen zu stellen.
34 Lebensgrundlagen gehören nicht auf den Markt!

35 Um das Menschenrecht auf Wohnen tatsächlich zu verwirklichen, brauchen wir noch
36 weitere Maßnahmen, wie:

- 37 • Housing First ausweiten, sodass niemand mehr auf der Straße leben muss
- 38 • Mehr Plätze in Studierenden- und Auszubildenden-Wohnheimen
- 39 • Ein Moratorium für Mieterhöhungen, Energiesperren, Kündigungen und
40 Zwangsräumungen bei den städtischen Wohnungsunternehmen

41 Schon vor der Inflation war bei vielen Menschen in Bremen das Geld knapp. Gerade
42 junge Menschen arbeiten häufig für Mindestlöhne, geringe Ausbildungsvergütungen,
43 oder haben gar kein Einkommen. Der Start ins Berufsleben darf aber kein
44 Armutsrisiko sein! Darum fordern wir:

- 45 • Die Anhebung des Landesmindestlohns auf mindestens 14 Euro und eine
46 Orientierung der Höhe am Schutz vor Armut - auch im Hinblick auf die Rente
- 47 • Die Abschaffung nicht vergüteter, schulischer Berufsausbildungen
- 48 • Die Einführung eines Tarifvertrags für studentische Hilfskräfte

49 All diese Krisen gehen Hand in Hand. Die Klimakrise und die Energiekrise, die
50 Energiekrise und der Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Angriffskrieg gegen
51 die Ukraine und steigende Preise von Lebensmitteln und mehr. **Deshalb müssen wir**
52 **die Krisen immer zusammen denken - und können sie auch zusammen lösen!** Diese
53 Lösungen dürfen nicht auf den Rücken von armen oder jungen Menschen ausgetragen
54 werden, wie es leider schon zu oft passiert ist. Wir lassen uns nicht weiter
55 spalten. **Das Stichwort lautet Solidarität!**

56 Im Hinblick auf die Wahl zur **Bremischen Bürgerschaft 2023** fordern wir deshalb
57 alle demokratischen Parteien, und ganz besonders auch die GRÜNEN Bremen dazu
58 auf, unserer krisenhaften Zeit mit entsprechenden Lösungen zu begegnen, und
59 wichtige Entscheidungen und Maßnahmen nicht länger vor sich herzuschieben.

60 Gleichzeitig ist für uns klar: eine Koalition mit CDU und/oder FDP kommt für uns
61 als GRÜNE JUGEND nicht in Frage. Betrachtet man die Lösungsvorschläge der beiden
62 Parteien und ihre Politik auf Bundesebene und auch in anderen Bundesländern,
63 kommen wir zu dem Schluss, dass sie keine adäquaten Lösungen für die derzeitigen
64 Krisen parat haben. Es gelingt ihnen nicht, alle Menschen in ihrer Politik
65 mitzudenken. Wir setzen uns daher **für eine linke Koalition in Bremen** ein und
66 wollen gezielt linke Gruppen in Bremen stärken, um linke, progressive Ziele
67 gemeinsam und stärker umsetzen können. Denn nur so kommen wir gemeinsam durch
68 diese Krisen!